

**(GR.11.277-1) Stärkung der Volksschule Aargau; Verfassung des Kantons Aargau; Änderung; Schulgesetz; 2. Beratung; Änderung; Dekret über die Löhne der Lehrpersonen (Lohndekret Lehrpersonen, LDLP); Änderung; Dekret über die Errichtung von Übergangsklassen; Aufhebung; Eintreten, Detailberatung und Beschlussfassung bzw. Schlussabstimmungen; Volksabstimmung (Kantonsverfassung); Antrag auf Unterstellung der Volksabstimmung, Zustimmung (Schulgesetz); Abschreibung der Postulate 09.227, 09.259 und der Motion 09.194**

---

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 24. August 2011 samt der Synopse mit dem abweichenden Antrag der Kommission für Bildung, Kultur und Sport (BKS) vom 21. September 2011, dem der Regierungsrat (mit einer Präzisierung) zustimmt. – Auf der Regierungsbank nimmt Dr. Priska Furrer, Abteilung Volksschule, Einsitz.

Namens der vorberatenden Kommission referiert deren Präsidentin, Theres Lepori, Berikon. Die Kommission beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen.

#### Eintreten

Für die Fraktionen referieren: SVP, Beat Unternährer, Unterentfelden, CVP-BDP, Hans-Ruedi Hottiger, Zofingen, SP, Thomas Leitch, Wohlen, FDP, Hansueli Bühler, Stein, Grüne, Susanne Klaus Günthart, Aarau, EVP, Esther Gebhard, Möriken-Wildegg, GLP, Dr. Felix Jenni, Oberwil-Lieli.

Als Einzelvotant spricht Richard Plüss, Lupfig.

Für den Regierungsrat nimmt Bildungsdirektor Alex Hürzeler Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

#### Detailberatung

#### **Verfassung des Kantons Aargau**

I., § 29 Abs. 1–3 und Abs. 5, § 34 Abs. 2 (aufgehoben), II.  
Zustimmung

#### **Schulgesetz**

I., § 1 Abs. 2 (aufgehoben), § 2 Abs. 1 lit. a und b, § 4 Abs. 1 und 2, § 5 Abs. 1, § 7 Abs. 3, Titel nach Titel 2, 2.1. (aufgehoben), § 9 (aufgehoben), § 10 Abs. 1 und 2  
Zustimmung

#### § 11 Abs. 1

Dragan Najman, Baden, beantragt, das Schulsystem 6/3 abzulehnen und beim bewährten 5/4 Modell zu verbleiben.

In der Abstimmung wird der Antrag mit 101 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Es gilt somit die

---

Versand:

Fassung von Kommission und Regierungsrat.

§ 12 Abs. 2 (aufgehoben), § 13 Abs. 1 und 2, Abs. 3 (neu), § 13a Abs. 1, § 13b (neu) Marginalie, Abs. 1 und 2, § 14 Abs. 1 und 2, Abs. 3 (aufgehoben), § 14a (neu), § 14b (neu), § 15 Abs. 1–5, Abs. 6 (neu), § 15a (neu), § 17 Abs. 1, Titel nach § 18a (neu), 2.2.1<sup>bis</sup>. Kindergarten, § 18b (neu), § 18c (neu), § 19 Abs. 1, § 20 Abs. 1 und 2, Abs. 3 (aufgehoben), § 21a (neu), § 22 Abs. 1–3, Abs. 4 (aufgehoben), § 22a (neu) Marginalie sowie Abs. 1–3, § 23 Abs. 1, § 25 Abs. 2 (aufgehoben), § 26 Abs. 2 (aufgehoben), § 28 Abs. 3

Zustimmung

§ 29 Abs. 2

Samuel Schmid, Biberstein, stellt den Antrag, Abs. 2 sei wie folgt zu ergänzen: "Für Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten im Bereich der Wahrnehmung, Sprache, *Mathematik* oder Bewegung werden pädagogisch-therapeutische Massnahmen angeboten. Dazu gehören insbesondere der Sprachheilunterricht, *der Diskalkulie-Unterricht* und die Psychomotorik-Therapie. Diese Massnahmen erfolgen zusätzlich zum Unterricht in der Volksschule, können aber bereits früher eingesetzt werden."

In der Abstimmung wird der Antrag mit 76 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Somit Zustimmung zur Fassung von Kommission und Regierungsrat.

§ 52 Abs. 1 und 2, § 53 Abs. 1, § 54 (aufgehoben), § 56a (aufgehoben), § 57 Marginalie, Abs. 1–3, § 57a Abs. 1, § 58b Abs. 1, § 66 Abs. 1 und 5, § 67a (aufgehoben), § 71 Abs. 1, § 73 Abs. 1 und 2, Abs. 2<sup>bis</sup> sowie Abs. 3 und 4 (aufgehoben), § 77 Abs. 1, § 89 Abs. 1 (aufgehoben) und 2, § 90a (aufgehoben), § 90b (aufgehoben), § 90c (neu)

Zustimmung

§ 90d (neu) Marginalie und Abs. 1

Hans Dössegger, Seon, stellt den Antrag, Abs. 1 wie folgt zu ergänzen: "Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 22a dieses Gesetzes bestehenden Bezirksschulen mit weniger als sechs Abteilungen, *die nicht Teil eines Oberstufenzentrums bilden*, dürfen längstens acht Jahre weitergeführt werden, müssen aber mindestens drei Abteilungen umfassen."

Der Antrag wird in der Abstimmung mit 84 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Somit Zustimmung zur Fassung von Kommission und Regierungsrat.

§ 91 Abs. 2–4 (aufgehoben)

Zustimmung

II., § 1 Abs. 1 und 2, § 41 Abs. 1, III., IV.

Zustimmung

### **Dekret über die Löhne der Lehrpersonen (Lohndekret Lehrpersonen, LDLP)**

I., § 1 Abs. 1 und 2, § 31 Abs. 1 und 2, § 41c, § 42 Abs. 1 und 2, Anhänge, I Lohnstufenplan (geändert), II A Einreihungsplan (geändert), III Anhang III (geändert), II., Dekret über die Beteiligung der Gemeinden am Personalaufwand der Volksschulen und Kindergärten (Gemeindebeteiligungsdekret, GbD) § 2 Abs. 1–4, III., IV.

Zustimmung

### **Dekret über die Errichtung von Übergangsklassen (Aufhebung)**

Zustimmung zur Aufhebung

Anträge gemäss Botschaft

Antrag 1 (Schlussabstimmung) wird mit 116 gegen 13 Stimmen angenommen.

Antrag 2 (Schlussabstimmung) wird mit 113 gegen 16 Stimmen angenommen.

Antrag 3 wird mit 109 gegen 16 Stimmen angenommen.

Antrag 4 wird mit 119 gegen 5 Stimmen angenommen.

Antrag 5 wird mit 128 Stimmen gegen 1 Stimme angenommen.

Hans-Ruedi Hottiger, Zofingen, stellt den Antrag, die Schulgesetzänderung (Antrag 2) der Volksabstimmung zu unterstellen

Das Behördenreferendum wird in der Abstimmung mit 89 Stimmen unterstützt. Damit ist gemäss § 62 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung, wonach ein Viertel aller Mitglieder des Grossen Rats das Gesetz der Volksabstimmung unterstellen kann, erfüllt.

---

**Beschluss**

1.

Der Entwurf einer Änderung der Verfassung des Kantons Aargau wird in 2. Beratung zum Beschluss erhoben.

2.

Der Entwurf einer Änderung des Schulgesetzes wird in 2. Beratung zum Beschluss erhoben.

3.

Der Entwurf einer Änderung des Dekrets über die Löhne der Lehrpersonen (Lohndekret, LDLP) wird zum Beschluss erhoben.

4.

Das Dekret über die Errichtung von Übergangsklassen vom 19. Dezember 1973 wird aufgehoben.

5.

Die folgenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:

- (09.227) Motion der Fraktionen der SP (Sprecher Thomas Leitch-Frey, Wohlen), CVP-BDP, Grünen, EVP und GLP vom 18. August 2009 betreffend Schaffung rechtlicher Grundlagen für die integrative Heilpädagogik im Kindergarten
- (09.259) Motion der CVP-BDP Fraktion vom 15. September 2009 betreffend Streichung des Lernverbots in § 9 Abs. 1 Schulgesetz
- (09.194) Postulat der Fraktionen der CVP-BDP (Sprecherin Theres Lepori, Berikon), SP, FDP, Grünen, EVP und GLP vom 23. Juni 2009 betreffend Konzept und transparente Kriterien für die Zuteilung von Zusatzstunden und -lektionen für schwierige Abtei-

lungen

Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht dem obligatorischen Referendum gemäss § 62 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung.

---

**Protokollauszug**

- Departement Bildung, Kultur und Sport
- (2) Staatskanzlei (Volksabstimmung/Gesetzessammlung)
- (2) Rechtsdienst des Regierungsrats (Redaktionskommission)
- Parlamentsdienst

Präsident

Ratssekretär i.V.